

Beschluss Mehr Geschlechtergerechtigkeit in Sachsen

Gremium: Landesversammlung
Beschlussdatum: 25.03.2023
Tagesordnungspunkt: 10. Weitere Anträge (V-Anträge)

Antragstext

1 Sachsen - Männerland? Wie viele ostdeutsche Bundesländer hat Sachsen seit den
2 90er-Jahren viele Menschen, insbesondere Frauen durch Abwanderung verloren. Wenn
3 wir nachhaltig in die Zukunft unseres Freistaates investieren wollen, dann
4 müssen wir in Frauen und Vielfalt, in Chancengerechtigkeit und in Gleichstellung
5 investieren. Denn es hat Auswirkungen auf eine Gesellschaft, auf eine Region,
6 wenn Frauen fehlen. Ein Anstieg fremdenfeindlicher Einstellungen lässt sich
7 ebenso nachweisen wie ein Anwachsen der Wahlergebnisse rechter bis
8 rechtsextremer Parteien. Deren Programmatik von Ungleichheit und Angst ist das
9 Fundament einer jeden patriarchalen und ausschließenden Gesellschaftsidee. Es
10 ist daher ein Gewinn für alle Sächs*innen, wenn wir nachhaltig in
11 Geschlechtergerechtigkeit investieren.

12 Mit der Verantwortung für das Gleichstellungsressort innerhalb der sächsischen
13 Staatsregierung sind wir 2019 einen logischen Schritt gegangen: Wir übernehmen
14 Verantwortung für jene Themenfelder, die in unserer Partei-DNA tief verwurzelt
15 sind. Mit Katja Meier als sächsische Gleichstellungsministerin haben wir eine
16 überzeugte Feministin an der Spitze, die sich themenfeldübergreifend für
17 Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen einsetzt.
18 Gleichstellung und die Förderung von Vielfalt sind Querschnittsthemen, die in
19 allen Lebensbereichen relevant sind. Die BÜNDNISGRÜNE Gleichstellungspolitik in
20 Sachsen seit 2019 macht jetzt bereits einen Unterschied: Paradigmenwechsel in
21 der Finanzierung des Gewaltschutzes, sichere Förderung der Gleichstellungsarbeit
22 und neue Förderinstrumente, um die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zu
23 stärken.

24 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist ein zentrales politisches Ziel von
25 uns BÜNDNISGRÜNEN, ebenso wie die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt: trans*,
26 inter und nicht-binäre Menschen sollen gleichberechtigte Teilhabe in erhalten.
27 Wir arbeiten für eine geschlechtergerechte Gesellschaft und die bewusste
28 Einbeziehung von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen.

29 Die Gleichstellung aller Geschlechter und Chancengerechtigkeit für alle Menschen
30 ist eines unserer Grundanliegen sowie eine fundamentale Bedingung für unsere
31 Demokratie. Dafür müssen strukturelle Benachteiligungen beseitigt und alle
32 Geschlechter wirksam vor Diskriminierung geschützt werden. Deswegen wollen wir
33 Gleichstellung aktiv fördern, das heißt die Ressourcen dafür zur Verfügung
34 stellen.

35 Geschlechterpolitik darf nicht losgelöst von anderen Benachteiligungen gedacht
36 werden. BÜNDNISGRÜNE Gleichstellungspolitik ist intersektional und achtet
37 insbesondere auf Mehrfachdiskriminierungen.

38 1. Gleichstellungsstrukturen in Sachsen sichern und weiterentwickeln

39 Die sächsischen Gleichstellungsinitiativen im ganzen Land, vom Vogtland bis nach
40 Görlitz, leisten jeden Tag wichtige Arbeit für mehr Geschlechtergerechtigkeit in

41 Sachsen, für eine gleichberechtigte politische Teilhabe, für
42 Entgeltgerechtigkeit und geschlechtergerechte wirtschaftliche Teilhabe, für mehr
43 Schutz vor häuslicher, sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, für
44 einen geschlechtergerechten Strukturwandel, für stereotypenfreie Berufswahl. Sie
45 tragen die klare und unmissverständliche Botschaft jeden Tag wieder neu ins
46 Land: Frauenrechte und Rechte queerer Personen sind Menschenrechte!

47 Doch wir sind noch nicht am Ziel. Noch immer dominieren Männer sowohl die
48 politischen als auch die wirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen. Noch immer
49 werden sogenannte "Frauenberufe" zwar als systemrelevant eingestuft, aber
50 schlechter bezahlt. Noch immer ist jede dritte Frau einmal in ihrem Leben von
51 geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Ebenso sind queere Menschen andauernd
52 Angriffen und Diskriminierung ausgesetzt. Wer aber benachteiligt wird oder in
53 Angst lebt, kann die eigenen Fähigkeiten nicht frei entfalten. Zur Umsetzung
54 unserer Gleichstellungsziele ist es unablässig, die zahlreichen Netzwerke und
55 professionellen Vereine, welche mit ihren vielen Ehrenamtlichen wertvolle Arbeit
56 für unsere Gesellschaft leisten, strukturell zu stärken und mit besseren Mitteln
57 auszustatten. Aus diesem Grunde fordern wir:

- 58 • eine umfassende Sächsische Gleichstellungsstrategie für Freistaat und
59 Kommunen
- 60 • die Gründung einer Sächsischen Gleichstellungs-Stiftung als Stiftung des
61 öffentlichen Rechts und Dachstruktur für Gleichstellungsarbeit in Sachsen,
62 die eine eigenständige Basis für Qualitätssicherung und
63 Professionalisierung der Arbeit und die transparente Fördermittelvergabe
64 schafft
- 65 • die zuverlässige Finanzierung der Gleichstellungsarbeit durch den Aufbau
66 einer institutionellen Förderung mit Hilfe gesetzlicher Regelungen
- 67 • die angemessene Bezahlung der mit diesem staatlichen Auftrag betrauten
68 Fachkräfte entsprechend TVöD/ TV-L in ihrer Qualifikation, um ihre
69 kontinuierliche Arbeit in den Strukturen zu sichern
- 70 • die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Gleichstellungsarbeit aus
71 Sachsen heraus mit einem Lehrstuhl für Gleichstellungsforschung an einer
72 sächsischen Universität zur Verbesserung von Evaluierung und Monitoring
- 73 • die Einführung eines Sächsischen Antidiskriminierungsgesetzes zum Schutz
74 vor Diskriminierung durch staatliche Stellen (außerhalb der Geltung des
75 AGG) und die Unterstützung entsprechender bundesgesetzlicher Initiativen.

76 2. Reproduktive Gerechtigkeit und geschlechtersensible Gesundheitsversorgung

77 Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und reproduktive Gerechtigkeit ist
78 elementar für die Gleichberechtigung der Geschlechter, denn es geht um nicht
79 weniger als über den eigenen Körper und das eigene Leben zu entscheiden.
80 Langfristig bleibt daher der Widerstand gegen die Kriminalisierung von
81 Schwangerschaftsabbrüchen und die Forderung nach einer Regelung des
82 selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuches ein
83 wesentlicher Teil der Frauenbewegungen und von uns BÜNDNISGRÜNEN. Aber
84 Entkriminalisierung allein sichert noch nicht die Versorgung. Es braucht neben

85 dem Zugang zu wohnortnahen Beratungs- und Versorgungsstrukturen ebenso
86 erschwingliche, wahlfreie Verhütungsmittel sowie eine selbstbestimmte, sichere
87 Schwangerschaft und Geburt. Reproduktive Gerechtigkeit bedeutet aber auch, dass
88 Menschen ohne jede Diskriminierung ihre Sexualität ausleben und entscheiden
89 können, ob und wie sie Kinder bekommen. Auch für gleichgeschlechtliche Paare
90 braucht es die Möglichkeit zur selbstbestimmten Elternschaft sowie zur
91 gleichberechtigten Kinderwunschbehandlung.

92 Diskriminierungsfreie und geschlechtersensible Gesundheitsversorgung bedeutet
93 auch, dass alle Geschlechter auf ihre unterschiedlichen Bedürfnisse hin
94 behandelt werden und diese sich nicht an einem nicht existierenden
95 Durchschnittsmenschen orientiert.

96 Menschen, die trans, inter und nicht-binär sind, haben individuelle Bedürfnisse
97 und ihnen muss ohne Stigmatisierung eine bedarfsgerechte Behandlung angeboten
98 werden. Hier kommt Sachsen eine besondere Verantwortung zu, da zunehmend trans,
99 inter und nicht-binäre Personen aus Polen und Tschechien in Deutschland
100 medizinische Unterstützung suchen, welche sie in ihrem Herkunftsland aufgrund
101 diskriminierender Strukturen nicht erhalten.

102 Die Gesundheit und Lebenserwartung von Männern in Sachsen ist
103 unterdurchschnittlich und geprägt von patriarchalen Rollenbildern. Wir
104 BÜNDNISGRÜNE nehmen die Herausforderung, dies zu ändern, im Rahmen unserer
105 Gleichstellungsarbeit an. Die gesundheitliche Vorsorge für Männern und
106 psychosoziale Hilfe sind entscheidende Faktoren dabei und wirken positiv
107 intersektional.

108 Deshalb fordern wir:

- 109 • selbstbestimmte Schwangerschaft und Geburt mit einer gleichberechtigten
110 Kinderwunschbehandlung ohne Diskriminierung, insbesondere von
111 gleichgeschlechtlichen Paaren
- 112 • freie Wahl und sozial gerechte Kassenfinanzierung der Verhütungsmittel
- 113 • Verbesserung der geschlechtersensiblen Gesundheitsversorgung,
114 Unterstützung der Forschung und Veröffentlichung in diesem Bereich sowie
115 eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit
- 116 • ein flächendeckendes Angebot von kostenlosen Periodenprodukten in
117 öffentlichen Gebäuden und Schulen zur Verbesserung der menstrualen
118 Gesundheit und Hygiene
- 119 • wohnortnahe Beratungs- und Versorgungsstrukturen für Menschen in
120 Schwangerschaftskonfliktsituationen sowie Schwangerschaftsabbrüche als
121 Kassenleistung mit einer freien Wahl der Methode
- 122 • flächendeckende, diskriminierungsfreie und geschlechtersensible
123 Gesundheitsversorgung für trans, inter und nicht-binäre Menschen durch
124 mehr Fachärzt*innen, insbesondere in ländlichen Regionen
- 125 • niedrigschwellige und gezielte Gesundheitsversorgung für Männer,
126 insbesondere im Bereich der Vorsorge und bei Angeboten psychosozialer

127 Hilfe sowie die Förderung der Inanspruchnahme dieser Angebote, um ihre
128 Gleichstellung bei Gesundheit und Lebenserwartung zu erreichen.

129 3. Gerechte politische Teilhabe

130 Es ist eine grundlegende Frage von Gerechtigkeit, dass Frauen in unserer
131 Demokratie nicht nur mitwählen, sondern auch angemessen repräsentiert im
132 Parlament entscheiden. Frauen sollten sich niemals mit weniger als der Hälfte
133 der Macht zufrieden geben. Denn es macht einen Unterschied, wie beispielsweise
134 über Verkehrspolitik, über Strukturwandel oder die Bedingungen in der
135 Kindertagespflege gesprochen wird, wenn Frauen mit am Tisch sitzen. Perspektiven
136 werden gehört, Lebensrealitäten abgebildet, die wir für die Zukunft Sachsens
137 dringend brauchen.

138 Der sächsische Landtag belegt mit einem Frauenanteil von nicht mal 30 %
139 bundesweit den vorletzten Platz. Der Blick auf die vielen Kommunalparlamente in
140 Sachsen macht den Handlungsdruck noch einmal deutlicher. Dies muss klarer
141 Auftrag an alle demokratischen Parteien in Sachsen sein, hier gemeinsam an einer
142 Lösung zu arbeiten. Die partei- und professionsübergreifende Zusammenarbeit in
143 der von Gleichstellungsministerin Katja Meier gegründeten Kommission zur
144 gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern war hier ein sehr guter und
145 deutschlandweit einzigartiger Startpunkt. Gemeinsam mit Vertreter*innen aus
146 Zivilgesellschaft, Forschung und Politik wurden viele verschiedene Maßnahmen
147 entwickelt, um den Anteil von Frauen in den Parlamenten zu erhöhen. Dazu gehört
148 auch, aus den verfassungsgerichtlichen Erfahrungen in Thüringen und Brandenburg
149 zu lernen und rechtssichere Vorschläge für gesetzliche Regelungen zu erarbeiten.
150 Wir machen weiter! Denn eines ist klar - und das beweisen die Parteien, die
151 feste Quoten haben - die Frauenquote wirkt.

152 Geschlechtliche Vielfalt ist Realität in Sachsen - und umfasst mehr als nur
153 Männer und Frauen. Diesen Anforderungen muss sich ein modernes Paritätsgesetz
154 ebenso stellen, wie es einer differenzierten Betrachtung und einen Abbau von
155 Hürden für Beteiligung unterrepräsentierter Gruppen in der Politik bedarf.

156 Deshalb fordern wir:

- 157 • Entwicklung gesetzlicher Regelungen auf dem Weg zur Parität bis hin zu
158 einem modernen Paritätsgesetz zu begleiten
- 159 • Verbesserung der Rahmenbedingungen der politischen Arbeit, insbesondere in
160 der ehrenamtlichen Kommunalpolitik, damit sie für alle Geschlechter und
161 alle Altersgruppen möglich ist
- 162 • kontinuierliche Unterstützungsmaßnahmen für politisch Aktive aus
163 unterrepräsentierten Gruppen, eine aktive Arbeit am Abbau
164 diskriminierender Strukturen sowie Empowerment und stärkere Sichtbarkeit
- 165 • den konsequenten Kampf gegen männliche sexistische Verhaltensmuster in der
166 Politik und unserer Partei
- 167 • Frauen in der Verwaltung weiter zu fördern und ihren Anteil an
168 Führungspositionen nachhaltig zu erhöhen
- 169 • Wir setzen uns dafür ein, dass Tarifstufenlaufzeiten in der Elternzeit
170 weiterlaufen.
- 171 • eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie öffentliche
172 Kommunikation der Verwaltung für alle Geschlechter.

173 4. Geschlechtersensible und diskriminierungsfreie Bildung

174 Die sächsische Bildungslandschaft trägt eine eigenständige Verantwortung für
175 eine demokratische und geschlechtergerechte Gesellschaft. Seit vielen Jahren
176 bleibt die Umsetzung hinter diesem Verfassungsziel zurück. Ausbildungs- und
177 Studienangebote für alle Geschlechter müssen in ganz Sachsen attraktiver und
178 familienfreundlicher werden. Stereotype bei der Berufswahl wollen wir dabei
179 systematisch abschaffen. In allen Bildungskontexten müssen sich
180 Gleichstellungsinhalte wiederfinden, von der Kita über die Schule bis hin zu
181 Fortbildungsangeboten in der Arbeitswelt und für Senior*innen.

182 Auf dieser Basis soll Bildung, insbesondere zu sexueller und geschlechtlicher
183 Selbstbestimmung, Empowerment und Resilienz gegenüber Angriffen und Gewalt
184 bereits bei Kindern gefördert werden. Das ist Konsens in der
185 Erziehungswissenschaft, bei Elternvertretungen, Schüler*innenvertretungen sowie
186 NGOs wie beispielsweise dem Weissen Ring e. V.

187 Deshalb fordern wir:

- 188 • geschlechtersensible und Antidiskriminierungsinhalte in Aus-, Fort- und
189 Weiterbildung für Beschäftigte im Bildungswesen mit verpflichtenden
190 Inhalten zu sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung nach
191 wissenschaftlichen, bundesweit geltenden Standards und deren staatliche
192 Unterstützung
- 193 • insbesondere die Lehrkräfte-Ausbildung an sächsischen Universitäten muss
194 Inhalte zur Geschlechtersensibilität sowie der geschlechtlichen und
195 sexuellen Vielfalt verbindlich vermitteln, die Schulsozialarbeiter*innen

- 196 und Beratungslehrkräfte müssen in diesem Bereich systematisch gestärkt
197 werden
- 198 • die konsequente Umsetzung von bestehenden sächsischen Leitlinien zu
199 Vielfalt und politischer Bildung an unseren Bildungseinrichtungen,
200 insbesondere die aktive Auseinandersetzung mit ausschließenden
201 Denkmustern, die Akzeptanz und Wertschätzung im Umgang mit Vielfalt
 - 202 • ein bedarfsgerechtes Angebot an Teilzeitausbildungen, u.a. für Menschen,
203 die Sorge- bzw. Care-Arbeit leisten
 - 204 • geschlechtersensible Berufsorientierung bereits in den
205 Bildungseinrichtungen sowie wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeiten für alle
206 Geschlechter zu stärken
 - 207 • die Zugangsbeschränkungen für gesellschaftlich unterrepräsentierte Gruppen
208 zu Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten abzubauen
 - 209 • die Abbildung der vielfältigen Lebenswirklichkeit von Menschen sowie die
210 Bedeutung von Geschlechtersensibilität und Antidiskriminierung im
211 Gesamtangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Breite der
212 Gesellschaft und alle Altersgruppen hervorzuheben, im Rahmen der
213 Bestimmung seines Auftrages.

214 5. Bessere wirtschaftliche Teilhabe, Entgeltgleichheit und geschlechtergerechtem
215 Strukturwandel

216 Hier gehts um Geld in jeder Hinsicht. Armut und Altersarmut ist auch in Sachsen
217 weiblich. Diese Armut entsteht auch durch ungleiche Verteilung der Sorgearbeit
218 und ungerechte Bezahlung. Und da Frauen für ihre Arbeit insgesamt schlechter und
219 weniger bezahlt werden, haben sie auch geringere Rentenansprüche. Wir haben in
220 den vergangenen Jahren einige Instrumente zur Stärkung neu- und
221 weiterentwickelt. Wir haben die Gründerinnenförderung gestärkt, bauen ein
222 Gründerinnennetzwerk auf und haben spezielle Förderungen für mehr weibliche
223 Beschäftigung aufgebaut. Dennoch ist es wichtig, weiter an der Beseitigung der
224 Strukturen zu arbeiten, die Frauen im Erwerbsleben benachteiligen und deren
225 gleichberechtigte Teilhabe in allen Ebenen und Bereichen verhindern. Frauen, die
226 mehr arbeiten wollen, sollen mehr arbeiten können und gerecht entlohnt werden.
227 Mechanismen, die sie speziell daran hindern, müssen abgebaut werden.

228 Auch die Arbeitswelt von queeren Menschen in Sachsen weist verbreitete Defizite
229 auf und ist jenseits gesellschaftlich offener, inklusiver und vielversprechender
230 Beispiele in einzelnen Branchen, Betrieben und Belegschaften geprägt von
231 Closeting (also dem Verbergen des Privatlebens und der wahren Identität),
232 ausschließenden Verhaltensmustern und Intoleranz am Arbeitsplatz. Der Wert von
233 Vielfalt in Unternehmen und öffentlicher Verwaltung wird überwiegend nicht
234 erkannt, sodass Abwanderung und Fachkräftemangel zusätzlich verstärkt werden.
235 Dem wollen wir BÜNDNISGRÜNE strukturell entgegenreten.

236 Deshalb fordern wir:

- 237 • die konsequente Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen
238 Dienst, um ein Vorbild für gute Gleichstellung für alle Tätigkeitsbereiche
239 Bereiche der Gesellschaft zu sein
- 240 • uns zusammen mit den Gewerkschaften für mehr tarifgebundene Arbeit
241 einzusetzen
- 242 • Entgeltungleichheit gesetzlich und praktisch durch Aufklärung und die
243 Anwendung durch Entgeltchecks zu bekämpfen
- 244 • insbesondere alleinerziehende Eltern und Frauen mit Migrationserfahrung
245 bei der wirtschaftlichen Teilhabe zu unterstützen
- 246 • die finanzielle Aufwertung von Sorgeberufen sowie bessere sozialrechtliche
247 Anerkennung häuslicher Sorge- bzw. Care-Arbeit
- 248 • einen geschlechtergerechten Strukturwandel in den Transformationsregionen
249 ohne einseitigen Abbau von Frauenbeschäftigung
- 250 • eine gezielte Förderung einer stereotypenfreien Berufswahl und den Abbau
251 struktureller Benachteiligungen für einzelne Geschlechter in einzelnen
252 Berufsfeldern, insbesondere für Mädchen und Frauen in MINT-Berufen (also
253 der Tätigkeit in Mathematik, Ingenieur-, Naturwissenschaften oder Technik)
254 und die gezielte Gewinnung von Jungen und Männern für soziale Berufe, in
255 Erziehungs- und Bildungswesen.
- 256 • den weiteren Ausbau der Betreuung von Kindern bis zum 12. Lebensjahr und
257 die Umsetzung des Betreuungsanspruchs ab Tag 1 seiner Geltung
- 258 • den Ausbau spezieller Gründerinnenförderung
- 259 • Betriebe, Belegschaften und Gewerkschaften zum Aufbau von Diversity-
260 Managementstrukturen auf, für qualifizierte Personalrät*innen,
261 Betriebsrät*innen und personalverantwortliche Stellen im Hinblick auf den
262 Umgang mit geschlechtlichen, sexuellen und weiteren Minderheiten in der
263 Belegschaft
- 264 • Innungen und Kammern, welche in ihrer Schlüsselrolle Verantwortung
265 übernehmen müssen, übergreifende Angebote sowie ein zentrales Diversity-
266 Management für ihre Branche anzubieten.

267 6. Gewaltschutz für alle Geschlechter

268 Ein Leben ohne Gewalt ist ein Menschenrecht, der Schutz vor Gewalt unsere
269 staatliche Verpflichtung.

270 Statistisch versucht in Deutschland jeden Tag ein Mann seine (Ex-)Partnerin
271 umzubringen und an jedem dritten Tag gelingt es ihm. Das 2011 getroffene
272 Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen
273 Frauen und häuslicher Gewalt, kurz Istanbul-Konvention, ist nach seiner
274 Ratifizierung 2018 auch in Deutschland in Kraft getreten und gilt damit auf
275 allen staatlichen Ebenen. Diese verpflichtet uns zum Ausbau unserer Strukturen.

276 Mit den letzten beiden Doppelhaushalten des Freistaates Sachsen konnte in der
277 Finanzierung des Gewaltschutzes mit einer Verdopplung der Mittel ein
278 Paradigmenwechsel eingeläutet werden. Wir bauen das Schutzsystem in allen
279 Bereichen kontinuierlich aus. Doch Sachsen ist noch nicht bei den von der
280 Istanbul-Konvention geforderten und notwendigen Strukturen angekommen.

281 Deshalb wollen wir:

- 282 • eine Gewaltschutzstrategie für das ganze Land, in der Kommunen und
283 Freistaat gemeinsam den bedarfsgerechten Ausbau des Schutzsystems und die
284 Gewaltprävention in allen Gesellschaftsbereichen verbindlich planen
- 285 • eine bedarfsgerechte Förderung des Schutzes vor häuslicher Gewalt und
286 Stalking, d. h. Beziehungsgewalt, sexualisierter Gewalt und weiterer
287 geschlechtsspezifischer Gewalt nach der Definition der Istanbul-Konvention
288 sowie den weiteren bedarfsgerechten und schrittweisen Ausbau der Frauen-
289 und Kinderschutzhäuser von derzeit 158 auf 400 Familienplätze
290 (Zweibettzimmer), mit mindestens 100 neuen Plätzen bis 2030
- 291 • den Ausbau eines gemeinsamen landesweiten Monitorings durch Polizei,
292 Justiz und Hilfsstrukturen
- 293 • die Verbesserung der Angebote für unterrepräsentierte Gruppen wie EU
294 Bürger*innen, Geflüchtete, Sexarbeiter*innen, obdachlose oder behinderten
295 Frauen und Minderjährige sowie queere Jugendliche
- 296 • die systematische und obligatorische Schulung von Fachkräften aller
297 Professionen, die mit Betroffenen und Täter*innen geschlechtsspezifischer
298 Gewalt in Kontakt kommen und arbeiten
- 299 • den Ausbau der Beratungsinfrastruktur und von Angeboten psychosozialer
300 Hilfe für Gewalttäter*innen
- 301 • Ausbau der Präventionsarbeit zu Gewalt in der Familie
- 302 • ein Landesgewaltschutzgesetz, welches den einheitlichen Rechtsrahmen des
303 Bundes konkret ausgestaltet.